

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Asien
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Kay Möller

Nordostasien: Kein „Liberaler“ Frieden

Wechselwirkungen zwischen
binnenstaatlichen und regionalen Strukturen
und Dynamiken

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind
Arbeiten im Feld der
Forschungsgruppe, die nicht als
SWP-Papiere herausgegeben
werden. Dabei kann es sich um
Vorstudien zu späteren SWP-
Arbeiten handeln oder um
Arbeiten, die woanders
veröffentlicht werden. Kritische
Kommentare sind in jedem Fall
willkommen.

Inhalt

Einführung 3

Handel, Demokratie und Konflikt 3

Nullsummenspiel in der Taiwan-Straße 4

Handelsfrieden? 5

Demokratischer Frieden? 6

Binnenstruktur und Koalitionsbildung 7

Relative Gewinne auf der Koreanischen Halbinsel 8

Handelsfrieden? 9

Demokratischer Frieden 10

Binnenstruktur und Koalitionsbildung 11

Unentschieden im ostchinesischen Meer 12

Handelsfrieden? 13

Demokratischer Frieden? 13

Binnenstruktur und Koalitionsbildung 15

Von innen nach außen und von außen nach innen 16

Einführung

Trotz des Endes der globalen Bipolarität und eines Mangels an multilateralen Sicherheitsregimen herrscht in Nordostasien seit dem „Ende der Geschichte“ Frieden. Latente Konflikte in der Taiwan-Straße und auf der Koreanischen Halbinsel sind nicht ausgebrochen. (Neo-) Realisten erklären dieses Phänomen mit der Existenz stabiler subregionaler Kräftegleichgewichte. (Neo-) Liberale verweisen auf eine ständig wachsende wirtschaftliche Interdependenz. Reflektivisten betonen gemeinsame Normen und Identitäten. Die Mehrzahl derselben Beobachter würde nichtsdestotrotz zustimmen, daß der friedliche Eindruck trügen könnte. Eskalierende soziale Unruhen in China könnten Spannungen in der Taiwan-Straße auslösen. Die anhaltende Erosion des nordkoreanischen Staates könnte zu Krieg auf der Halbinsel führen. Wettstreitende Nationalismen in China und Japan könnten Konflikt produzieren. Wie in anderen Weltregionen auch hat die Aufhebung der Bipolarität den doppelten Effekt einer Verstärkung des Einflusses der Globalisierung auf innere Entwicklungen und einer Projizierung binnenstaatlicher Dynamiken auf das regionale, wenn nicht das internationale Umfeld. Die vorliegende Studie überprüft solche Zusammenhänge in der Taiwan-Straße, auf der Koreanischen Halbinsel und in den chinesisch-japanischen Beziehungen. Sie möchte damit zu der aktuellen Debatte um Wechselwirkungen zwischen Akteur und System, relativen und absoluten Gewinnen beitragen.

Handel, Demokratie und Konflikt

Stellt man einige Überlappungen in Rechnung, können klassisch-Liberale Annäherungen an Krieg und Frieden grob in eine „Manchester-Schule“ (das Theorem vom Handelsfrieden) und eine „kantianische Schule“ (das Theorem vom demokratischen Frieden) unterteilt werden. Während Erstere in Analysen der zwischenstaatlichen Beziehungen im Europa des frühen 19. Jahrhunderts modifiziert¹ und Letztere unter anderem dafür kritisiert wurden, reife Demokratien zu postulieren, die außerhalb Nordamerikas und Westeuropas eher die Ausnahme sind,² haben beide seit den frühen 70er Jahren eine Renaissance in einem Liberal-Institutionalistischen Kontext erlebt. Zu den führenden Nachfolgern der „Manchester-Schule“ gehört Richard Rosecrance, der unter Bedingungen hoher Interdependenz keinen Anreiz zur Kriegführung ausmachen kann.³ Dale Copeland geht davon aus, daß es eher die Erwartungen an künftigen Handel als der gegenwärtige Handel sind, die Staaten zur Zurückhaltung motivieren.⁴ Robert Keohane und Joseph Nye vertreten die These, daß die Auswirkungen wirtschaftlicher Interdependenz weniger von Handelsvolumen bedingt sind als von den Einflüssen, die Preise, Einkommensentwicklungen und Politik in den betreffenden Staaten auf die Strategie des jeweils anderen Staates haben. Wenn die Kosten der Vermeidung von Interdependenz zu hoch sind, „kann es vernünftiger erscheinen, anstelle des Niveaus (der Interdependenz) ihre Form zu verändern, d.h., gemeinsame Entscheidungsstrukturen oder -abläufe zu schaffen.“⁵ Neorealisten vertreten die gegenteilige Meinung: Asymmetrische Interdependenz verstärkt die Wahrscheinlichkeit kriegesischer Auseinandersetzung, weil der abhängigere Staat versuchen wird auszubrechen.⁶

Während die erwähnten Theoretiker ihre Analysen auf die systemische Ebene konzentrieren, beziehen sich Protagonisten des Theorems vom demokratischen Frieden zumeist auf die Rolle binnenstaatlicher Institutionen und Normen. So glaubt Michael Doyle, daß Redefreiheit, Wahlzyklen und ein öffentlicher Politikprozeß die

¹ Vgl. Dale C. Copeland, *Economic Interdependence and War. A Theory of Trade Expectations*, in: *International Security*, 20 (Spring 1996) 4, S. 5-41.

² Vgl. Robert L. Rothstein, *The weak in the World of the strong: Developing Countries in the International System*, New York (Columbia University Press), 1992.

³ Vgl. Richard Rosecrance, *The Rise of the Trading State: Commerce and Conquest in the Modern World*, New York (Basic Books), 1986, S. 13/4.

⁴ Vgl. Copeland, *Economic Interdependence and War*.

⁵ Vgl. Robert O. Keohane/Joseph S. Nye Jr., *Transgovernmental Relations and International Organisation*, in: *World Politics*, 27 (1975) 1, S. 39-62 (40).

⁶ Vgl. z.B. Kenneth Waltz, *Theory of International Politics*, New York, (Random House) 1979, S. 106.

Fähigkeit demokratisch gewählter Führer zur Gewaltanwendung gegenüber anderen Demokratien Gewalt einschränken.⁷ Gleichzeitig vertreten mainstream-Autoren des Theorems die These, daß Demokratien aus normativen wie institutionellen Gründen eher dazu neigen, Gewalt gegenüber Nichtdemokratien anzuwenden.⁸ Schließlich resultieren Übergänge vom Autoritarismus zur Demokratie häufig in assertivem, wenn nicht aggressivem Nationalismus.⁹

Während sowohl „Handels-Liberale“ als auch „demokratische Liberale“ ihre jeweiligen Staaten mehr oder minder als „black boxes“ betrachten, haben andere Autoren vorgeschlagen, zwischen „Binnenstruktur“ (d.h. Natur der staatlichen Institutionen, gesellschaftlichen Charakteristika und institutionellen und organisatorischen Arrangements, die Staat und Gesellschaft miteinander verbinden) und „Koalitionsbildungsprozessen“ (d.h. nicht-institutionellen Politiknetzwerken, die die Gesellschaft mit dem politischen System verbinden) zu differenzieren. „Struktur“ wäre dabei das Hauptkriterium für die Unterscheidung „starker“ von „schwachen“ Staaten (wobei letztere fragmentierte politische Institutionen haben und auf Druck von sozialen Interessengruppen eher reagieren). Mit „Koalitionsbildung“ sind Netzwerke gemeint, die den politischen Akteuren dabei helfen, einen intraelitären politischen Konsens herzustellen.¹⁰ Ein kombinierter Ansatz würde davon ausgehen, daß „politische Entscheidungen...durch die internen Anforderungs-Umwandlungsprozesse zwischen den politischen Systemen und ihren gesellschaftlichen Umfeldern modifiziert und inhaltlich ausgefüllt (werden).“¹¹ In diesem Zusammenhang hat Gourevitch vorgeschlagen, (1) die Natur politischer Institutionen und ihren Zentralisierungsgrad, (2) die gesellschaftliche Struktur und (3) die Natur der Koalitionsbildungsprozesse (staatlich dominiert, gesellschaftlich kontrolliert oder „demokratischer Korporatismus“, d.h. andauernde Verhandlungsprozesse zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren) zu untersuchen.¹²

Gleichzeitig verbietet die Komplexität des Modells voreilige Rückschlüsse in Bezug auf zwischenstaatliche Konfliktlösung. Während man etwa annehmen könnte, daß ein grundsätzlich hohes Maß an institutionalisierter Markttöffnung einem „Handels-Frieden“ förderlich sein müßte, hängt dies wesentlich davon ab, welchen Einfluß potentielle Verlierer auch weiterhin mit Hilfe von Institutionen und Netzwerken ausüben können (Entsprechendes gilt für Staaten, die versuchen, Binnen- und Außenwirtschaft im Rahmen einer nicht-institutionalisierten Exportorientierung voneinander abzuschotten).

Die vorliegende Studie überprüft (Neo-) Liberale und (Neo-) Realistische Annahmen bezüglich nationaler Annäherungen an mögliche Konflikte in der Taiwan-Straße, auf der Koreanischen Halbinsel und im Ostchinesischen Meer sowohl auf der System-Ebene als auch auf der Akteurs-Ebene. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß sich beide Paradigmen eher gegenseitig bedingen als ausschließen.

Nullsummenspiel in der Taiwan-Straße

In ihren Verfassungen beanspruchen sowohl die Volksrepublik China (VRCh) als auch die Republik China auf Taiwan (Republic of China, RoC) Souveränität über das gesamte chinesische Territorium.¹³ Technisch befinden sich beide weiterhin in einem Bürgerkrieg. Seit 1971 wird der Anspruch der VRCh von einer Mehrheit der

⁷ Vgl. Michael Doyle, Liberalism and World Politics, in: American Political Science Review, 80 (1986) 1, S. 151-68 (160).

⁸ Vgl. z.B. Roger Owen, How Liberalism Produces Democratic Peace, in: International Security, 19 (1994) 2, S. 87-125 (103).

⁹ Vgl. Edward D. Mansfield/Jack Snyder, Democratization and War, in: Foreign Affairs, 74 (May/June 1995) 3, S. 79-97.

¹⁰ Vgl. Thomas Risse-Kappen, Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics, 43 (July 1991), S. 479-512.

¹¹ Harald Müller/Thomas Risse-Kappen, Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozeß in liberaldemokratischen Industrienationen“, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (1990), Sonderausgabe Nr. 21, S. 376-400 (382).

¹² Vgl. Peter Gourevitch, Politics in Hard Times, Ithaca NY (Cornell University Press), 1986.

¹³ Die Reichweite dieses Anspruchs hat sich allmählich verändert. So beanspruchte Taiwan bis vor kurzem noch die Mongolei als Teil Chinas.

Staaten anerkannt und hat Peking Taipei in Vollversammlung und Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abgelöst. Anfang der 90er Jahre gab Taiwan seinen Anspruch praktisch auf, indem es zum Beispiel „inoffizielle“ Beziehungen zu Staaten knüpfte, die die VRCh als einzigen Repräsentanten „Chinas“ betrachten. Zuvor (1954, 1958 und 1962) war es zwischen beiden Seiten zu bewaffneten Konflikten (d.h. Artilleriegefechten) gekommen, die in der Regel von der taiwanesischen Seite provoziert worden waren. In den 70er Jahren bot Peking der Inselrepublik Verhandlungen über eine Vereinigung an, mit der zwar gewisse Privilegien, aber keine Gleichstellung einhergehen sollten (d.h. grundsätzlich die Formel „ein Land, zwei Systeme“, die ab 1997 auf Hongkong Anwendung finden sollte). Gleichzeitig behielt sich die VRCh eine Option auf Gewaltanwendung für den Fall vor, daß Taiwan seine de facto Unabhängigkeit formalisieren sollte (im Lauf der Zeit kamen andere Szenarien hinzu, darunter die Entwicklung von Atomwaffen durch Taiwan, Einmischung seitens Dritter, „Chaos“ in Taiwan oder, in jüngster Zeit, anhaltende Verweigerung von Verhandlungen über eine Vereinigung). Zwischen 1993 und 1995 führten mehrere inoffizielle Verhandlungsrunden zwar zu gewissen technischen Vereinbarungen, nicht aber zu Fortschritten in der Vereinigungsfrage. Nachdem die RoC damit begonnen hatte, ihre separate Identität auch international zu vertreten, versuchte Peking zweimal (1995 und 1996), taiwanesishe Wahlen mit militärischen Großmanövern und Raketentests zu beeinflussen.

Handelsfrieden?

Seit Taipei Ende der 80er Jahre einen indirekten (zumeist über Hongkong abgewickelten) Handel mit China legalisierte, resultiert Taiwans genereller Handelsbilanzüberschuß vornehmlich aus dem Festlandhandel, der 2001 ein Volumen von 247 Milliarden US-Dollar erreichte.¹⁴ Im Jahr 2000 betrug Taiwans Abhängigkeitsrate vom Chinahandel 16,9 Prozent bei Exporten und 4,4 Prozent bei Importen (die entsprechenden Werte für die Volksrepublik betrugen 2 Prozent für Exporte und 12,1 Prozent für Importe). Gleichzeitig hatten taiwanesishe Firmen mindestens 45 Milliarden US-Dollar auf dem Festland investiert, wovon der größte Teil auf den Elektro-/Elektronik-Sektor entfiel.¹⁵

Die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen waren allerdings keine Einbahnstraße. Während der 90er Jahre war Taiwan Chinas wichtigste Quelle für ausländische Investitionen, und nur mit Hilfe dieser Investitionen gelang es der VRCh, die Inselrepublik als drittgrößter Exporteuer informationstechnologischer Hardware abzulösen. Darüber hinaus wurde das Festland für zahlreiche taiwanesishe Unternehmen zur Reexport-Basis. Diesbezügliche Trends dürften sich mit dem Beitritt beider Seiten zur Welthandels-Organisation (World Trade Organisation, WTO) Ende 2001 bzw. Anfang 2002 weiter intensivieren. Gleichzeitig hat Taiwans jüngste Rezession belegt, daß die wirtschaftliche Zukunft der Insel eher auf dem Weltmarkt für Spitzentechnologie-Produkte liegt als auf einem chinesischen Markt, der auch heute vornehmlich von weniger anspruchsvollen Technologien geprägt wird.

Seit Mitte der 80er Jahre versucht Peking, sich die neue Interdependenz zur Beförderung seiner Agenda für nationale Vereinigung zu Nutzen zu machen. In diesem Kontext hat die VRCh wiederholt versucht, die taiwanesishe Unternehmerschaft gegen die eigene Regierung zu mobilisieren.¹⁶ In den 90er Jahren versuchte die Administration des taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui (1988-2000), dem Trend entgegenzuwirken, indem sie Obergrenzen für Einzelinvestitionen auf dem Festland einführte, solche Investitionen in gewissen „strategischen“ Sektoren untersagte und südostasiatische Staaten als Alternativ-Standorte empfahl. Während letztgenannte Initiative vor dem Hintergrund der ostasiatischen Krise von 1997/98 Rückschläge erfuhr,¹⁷ geriet erstere angesichts weltweiter Probleme auf dem sogenannten „neuen Markt“ und von Taiwans eigener

¹⁴ Der taiwanesishe Gesamt-Überschuß betrug nach dortigen Angaben 2000 19,9 Mrd. US\$ (1990: 12,50 US\$), der Überschuß im Chinahandel 8,36 Mrd. US\$ (1990: 7,04 Mrd. US\$). Vgl. jährliche Statistik, Taipei (Republic of China, Ministry of Economic Affairs, http://www.trade.gov.tw/prc&hk/bi_ch/mo_index.htm), 2002.

¹⁵ Vgl. Paul J. Bolt, Economic Ties across the Taiwan Strait: Buying Time for Compromise, in: Issues and Studies, 37 (March/April 2001) 2, S. 80-105 (92/3).

¹⁶ Vgl. Bolt, Economic Ties across the Taiwan Strait.

¹⁷ Folgt man einem taiwanesischen Geschäftsmann und Mitglied der oppositionellen Kuomintang, so flossen 57% jener taiwanesischen Investitionen, die in der ersten Hälfte 2002 nach Südostasien hätten gehen können, stattdessen in die VRCh. Vgl. Lawrence Chung, Investors Flock from Taiwan to China“, in: The Straits Times, 22.8.2002, zitiert in: Taiwan Security Research (<http://www.taiwansecurity.org/News/2002/ST-082202.htm>).

Rezession innenpolitisch unter Beschuß.

Nach seinem Sieg in den Präsidentschaftswahlen des März 2000 versuchte Präsident Chen Shuibian, dem resultierenden Dilemma zu begegnen, indem er einige Restriktionen für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen aufhob (bzw. ihre Aufhebung in Aussicht stellte) und gleichzeitig den Disput mit Peking auf das Feld der Politik verlagerte. So initiierte Taiwan 2001 auf den Gebieten Handel, Transport und Postdienste die sogenannten „drei kleinen Verbindungen“ zwischen seinen Inseln Kinmen und Matsu und der gegenüberliegenden Festlandküste. Im folgenden Jahr wurde der direkte Handel grundsätzlich legalisiert und wurden 2000 festländische Produkte für den Import freigegeben. Seit August 2002 können taiwanesishe Unternehmen ohne Einschaltung von Filialen in Drittstaaten in der VRCh investieren. Verbleibende Restriktionen beziehen sich auf das Gesamtvolumen aller Investitionen sowie sensitive Technologietransfers. 2002 machten beide Seiten Vorschläge für die Herstellung direkter Handels-, Transport- und Postbeziehungen, deren Realisierung bislang gescheitert ist.¹⁸

Grundsätzlich würde somit das Theorem vom Handelsfrieden auf die Taiwanstraße Anwendung finden, und zwar sowohl bei Berücksichtigung des aktuellen Handels als auch in Hinblick auf mittelfristige Handelserwartungen. Wenn die Politik andererseits regelmäßig mit diesem Mechanismus kollidiert und das Szenario eines bewaffneten Konflikts beschwört, ist dies für mainstream-Vertreter des Theorems vom demokratischen Frieden keine besondere Überraschung.

Demokratischer Frieden?

In jüngsten Erhebungen der amerikanischen Nichtregierungs-Organisation Freedomhouse¹⁹ erhält Taiwan die Note 2,2 („frei“) und China die Wertung 7,6 („unfrei“, wobei 1 das bestmögliche Ergebnis wäre). Trotz ihrer wirtschaftlichen Öffnung bleibt die VRCh ein autoritärer Einparteiensstaat, während Taipei seit den späten 80er Jahren demokratische Freiheiten eingeführt hat, die aus der Republik China heute eines der freisten Länder in Ostasien machen. Der resultierende Antagonismus, mit den Worten von François Godement, ein „Wettbewerb um Legitimität“,²⁰ stört seither die bilateralen Beziehungen und verhindert eine Optimierung der wirtschaftlichen Interdependenz. So qualifizierte Präsident Lee Teng-hui, nachdem er zuvor Lippenbekenntnisse zum „ein-China-Prinzip“ abgelegt und 1992 den erwähnten inoffiziellen Dialog initiiert hatte, das taiwanesisch-chinesische Verhältnis 1999 als „besondere zwischenstaatliche Beziehungen“. Sein Nachfolger Chen Shuibian hat zwar sowohl eine Unabhängigkeitserklärung als auch eine Rückkehr zu Lees Formel ausgeschlossen, lehnt es aber weiterhin ab, das „ein-China-Prinzip“ als Ausgangspunkt für Verhandlungen zu akzeptieren.

Gleichzeitig hat Chen die Provokationen seines Vorgängers auf niedrigem Niveau fortgeführt, mit der Taiwans unabhängige Identität konsolidiert und die bilaterale und internationale Manövrieremarge der Inselrepublik ausgelotet werden soll. Dazu gehören regelmäßig erfolglose Bemühungen um eine Rückkehr in die Vollversammlung der Vereinten Nationen, ein gescheiterter Versuch aus dem Jahr 2002, der Weltgesundheitsorganisation als Beobachter beizutreten und die Entscheidung, Pässe der Republik China mit dem englischsprachigen Aufdruck „issued in Taiwan“ zu versehen. Ebenfalls 2002 wurde ein historischer Anspruch auf die Mongolei fallengelassen und traf sich Vizepräsidentin Annette Lu mit Mitgliedern des indonesischen Kabinetts. Im August 2002 reagierte Chen auf anhaltende chinesische Versuche, Taiwans internationale Bewegungsfreiheit zu beschneiden, mit öffentlichen Spekulationen über ein künftiges Unabhängigkeits-Referendum. Insbesondere der jährliche Antrag auf Beitritt zu den Vereinten Nationen unterstreicht den Zusammenhang mit innenpolitischen Erwägungen (nicht zuletzt betreffend die Democratic Progressive Party [DPP] des Präsidenten, deren Statuten eine Formalisierung der derzeitigen de facto-Unabhängigkeit vorsehen). Grundsätzlich stehen die potentiell konfliktuellen Elemente einer demokratisch-autoritären Diade besseren Beziehungen im Wege. In einer Meinungsumfrage aus dem Jahr 2000 bekannten

¹⁸ In diesem Zusammenhang hat sich die Einrichtung direkter Flugverbindungen als Haupthindernis erwiesen. Während Taiwan zwischenstaatliche Verhandlungen über „nichtstaatliche“ Flüge nach dem Vorbild seiner Flugverbindungen mit Hongkong verlangt, insistiert Peking darauf, die Flüge als „binnenstaatlich“ auszuweisen und diesbezügliche Abkommen von nichtstaatlichen Organisationen aushandeln zu lassen.

¹⁹ Vgl. Freedomhouse, Washington, 2001 (<http://www.freedomhouse.org/ratings>).

²⁰ Vgl. François Godement, Mutual Reassurance: A Strategic Prerequisite to Solving the ChinaTaiwan Issue, in: China Perspectives (September-Oktober 2001) 37, S. 4-12.

sich 60,89 Prozent der taiwanesischen Befragten zur Unabhängigkeit, vorausgesetzt, der Frieden könne aufrechterhalten werden. 56,07 Prozent sprachen sich für eine Vereinigung mit dem Festland aus, vorausgesetzt, beide Seiten würden politisch, ökonomisch und sozial kompatibel.²¹ In der Praxis fördert dieses Meinungsbild den Status quo und seinen derzeitigen (widerstrebenden) Garanten Chen Shuibian. Das belegten auch die Parlamentswahlen des Dezember 2001, aus dem die DPP trotz einer schweren Rezession als Sieger hervorging.

Auf der anderen Seite der Taiwan-Straße hatte die chinesische Führung hinlängliches Vertrauen in die wachsende Anziehungskraft des festländischen Marktes, um Chen und seine Administration zu ignorieren und ersatzweise einen Dialog mit der taiwanesischen Geschäftswelt und den oppositionellen Nationalisten (Kuomintang) und der People's First Party (PFP) zu führen. Andererseits reichte dieses Vertrauen weder aus, um deren Vorschläge für gemeinsame Märkte oder Konföderationen zu akzeptieren, noch um auf wiederholte Drohungen mit Gewaltanwendung und gelegentliches Säbelrasseln zu verzichten. So hat die VRCh bisher darauf bestanden, über direkte Handels- und andere Verbindungen außerhalb der WTO²² und auf Grundlage des „ein-China-Prinzips“ zu verhandeln, und Chens Spekulationen über künftige Volksabstimmungen wurden mit neuen militärischen Warnungen beantwortet. Während man in Peking anscheinend verstanden hat, daß großangelegte Demonstrationen militärischer Macht bei der taiwanesischen Wählerschaft eher den gegenteiligen Effekt erzielen²³ und die Raketentests und Manöver des März 1996 bisher nicht wiederholt wurden, werden weniger sichtbare Drohungen aufrechterhalten (z.B. Zuwächse bei den in Südostchina dislozierten Raketenarsenalen und wiederholte Verletzungen des taiwanesischen Luftraums). Gleichzeitig wurden gelegentlich von führenden chinesischen Politikern an die Adresse von Chen und seiner Partei gerichtete Angebote auf untergeordneten administrativen Ebenen regelmäßig wieder eingeschränkt.²⁴

Während sowohl das Theorem vom Handelsfrieden als auch das (mainstream) Theorem vom demokratischen Frieden somit grundsätzlich anwendbar sind, neutralisieren sich beide auf der output-Seite gegenseitig, was ein Eintreten des Keohane/Nye-Szenarios verhindert. Im folgenden soll untersucht werden, ob dieses Phänomen binnenstaatlich zusätzlich analysiert werden kann.

Binnenstruktur und Koalitionsbildung

Angesichts des beschriebenen Antagonismus zwischen wirtschaftlichem und politischem Imperativ im exportabhängigen Taiwan könnte man erwarten, daß es dort zu jenen kontinuierlichen Verhandlungsprozessen kommt, die für demokratisch-korporatistische Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland charakteristisch sind.²⁵ In Wahrheit wiesen Taiwans staatliche Institutionen aufgrund einer fragmentierten industriellen Struktur und einer schwachen Zivilgesellschaft²⁶ während der 90er Jahre „ein relativ hohes Maß an organisatorischem Zusammenhalt“ auf und „garantierten, daß Partikularinteressen kaum zur Geltung kamen und Rentieraktivitäten eingedämmt werden konnten.“²⁷ Das wiederum führte zu einer im Ansatz erfolgreichen Reform des Finanzsektors²⁸ sowie staatlicher Förderung einer separaten „taiwanesischen

²¹ Vgl. Brett Benson/Emerson Niou, Public Opinion and the Taiwan Strait Conflict, Durham NC (Duke University, <http://www.duke.edu/~niou/MyPapers/public%20opinion.pdf>), 12.2.2002.

²² Diese Haltung wird in Peking momentan überprüft.

²³ In einer Rede vor dem 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas erklärte Generalsekretär Jiang Zemin im November 2002, die Kriegsdrohung beziehe sich nicht „auf unsere taiwanesischen Landsleute, sondern auf Versuche der (sic) ausländischen Kräfte, sich in Chinas Wiedervereinigung einzumischen, sowie auf die Pläne der separatistischen Kräfte in Taiwan für eine ‚Unabhängigkeit Taiwans‘“. Vgl. Xinhua, 8.11.2002, zitiert in: China Internet Information Centre (<http://www.china.org.cn>).

²⁴ Dieses Schicksal erlitten zwei Angebote des chinesischen Vizepremiers Qian Qichen, der Anfang 2001 Verhandlungen über einen politischen Rahmen auf Grundlage der Gleichberechtigung vorgeschlagen und 2002 DPP-Mitglieder zu Besuchen des Festlands eingeladen hatte.

²⁵ Vgl. Risse-Kappen, Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy.

²⁶ Letzteres Phänomen ist mit dem Erbe des Einparteiensstaates erklärt worden. Vgl. Thomas B. Gold, Civil Society and Taiwan's Quest for Identity (<http://www.sil.org/~radneyr/humanities/politics/TaiwanQ.htm>), 1994.

²⁷ Vgl. Xiaoke Zhang, Domestic Institutions, Liberalisation Patterns, and Uneven Crises in Korea and Taiwan, in: The Pacific Reivew, 15 (2002) 3, S. 409-42 (434).

²⁸ Ebd.

Identität“, aus der eines Tages gegebenenfalls assertiver Nationalismus werden könnte.²⁹

Chen Shuibians Kombination aus freierem Chinahandel und Ablehnung des „einen China“ ist heute in Taiwan politischer mainstream und würde Spannungen mit der Volksrepublik reduzieren, wären da nicht die Ungewissheiten auf der anderen Seite (sowie, in gewissem Ausmaß, an der DPP-Basis). Chinesische Politik ist durch hochgradig zentralisierte politische Institutionen und eine fragmentierte und schwach organisierte Gesellschaft charakterisiert. Koalitionsbildung beschränkt sich auf politische Eliten und schließt bisher sowohl gesellschaftliche Akteure als auch die öffentliche Meinung weitgehend aus.³⁰ Gleichzeitig war die Binnenwirtschaft wesentlich für das Wachstum der 80er und 90er Jahre verantwortlich, stößt das grundsätzliche Bekenntnis zur Marktöffnung unter zentralen und lokalen Eliten auf Widerstände und könnte ein resultierendes Legitimitäts-Defizit zu jenem institutionellen Scheitern führen, das in den 90er Jahren kennzeichnend für Südkorea war (s.u.). Wenn das geschieht, würde der derzeit noch auf die Beziehungen zu Taiwan angewandte ökonomische Imperativ schweren Schaden nehmen und vermutlich noch größeren Schaden nehmen, sollte es vor einem Hintergrund einsetzender Demokratisierung zu solchen Entwicklungen kommen.

Relative Gewinne auf der Koreanischen Halbinsel

Nord- und Südkorea befinden sich technisch im Krieg. Seit 1953 wird der militärische Status quo auf der Koreanischen Halbinsel durch ein Waffenstillstandsabkommen garantiert, das von dem amerikanischen Oberbefehlshaber einer VNmandatierten Allianz (nicht aber von Südkorea³¹) und dessen nordkoreanischen und chinesischen Kollegen unterzeichnet worden war. 1954 schlossen Washington und Seoul einen Vertrag über gegenseitige Verteidigung. Pyöngyang zog mit Bündnissen mit der UdSSR (1961, 2000 beendet) und China (1961) nach. Bis heute bleibt die Halbinsel entlang des 38. Breitengrads geteilt, der mittlerweile die am stärksten befestigte Grenze der Welt markiert. Wegen anhaltenden globalen und regionalen Kalten Krieges scheiterten Bemühungen um Entspannung und Versöhnung in den 70er und 80er Jahren.

Sowohl die Republik (Süd-) Korea (Republic of Korea, RoK) als auch die Demokratische Volksrepublik (Nord-) Korea (DVRK) haben die Vision von einer geeinten Halbinsel nach außen aufrechterhalten. 1991 traten beide den Vereinten Nationen bei und unterzeichneten untereinander zwei Grundlagenverträge, einen über Nichtangriff und Versöhnung, den anderen über ihre Entnuklearisierung. Im Juni 2000 gipfelte ihr bilateraler Dialog in einem historischen Besuch von RoK-Präsident Kim Dae-chung (1998-2000) in Pyöngyang. Bei seinem Amtsantritt 1998 hatte Kim jene, anschließend als „Sonnenscheindiplomatie“ bekanntgewordene Politik initiiert, mit der über wirtschaftliche Zusammenarbeit und gesellschaftliche Kontakte wechselseitiges Vertrauen zwischen beiden Koreas geschaffen werden sollte.

Der vorhergehende Normalisierungsprozeß war nicht linear verlaufen und konnte schwerlich als Entspannung beschrieben werden. Pyöngyang hatte die Abkommen von 1991 für obsolet erklärt, nachdem amerikanische Nachrichtendienste 1993 berichtet hatten, die DVRK entwickle heimlich Atombomben, und nachdem Kim Dae-chungs Vorgänger Kim Young-sam (1993-97) einmal mehr den Druck auf den Norden erhöht hatte (s.u.). Nach Abschluß eines Atomvertrages (des sogenannten „Rahmenabkommens“) mit den USA im Oktober 1994 tat Nordkorea sein Möglichstes, den Kalten Krieg auf der Halbinsel mittels Propaganda und bewaffneter Provokationen aufrechtzuerhalten. Schließlich bewegten eine zunehmend verzweifelte Wirtschaftslage, einhergehend mit dem Hungertod von 1-2 Millionen Menschen, sowie komplizierte Beziehungen zu den USA und Japan Pyöngyang dazu, Kim Dae-chungs Angebot anzunehmen. Die grundsätzliche Akzeptanz der „Sonnenscheindiplomatie“ war jedoch mit Bedingungen verknüpft. Während die

²⁹ Vgl. Carl K.Y. Shaw, *Modulations of Nationalism across the Taiwan Strait*, in: *Issues and Studies*, 38 (June 2002) 2, S. 122-47.

³⁰ Der Entschluß des 16. KPCh-Parteitags, künftig auch Privatunternehmer aufzunehmen, ist in erster Linie ein Versuch, neue gesellschaftliche Kräfte zu absorbieren.

³¹ Seoul lehnte es ab, den Waffenstillstand zu unterzeichnen, um so seinem Protest gegen die anhaltende Teilung der Koreanischen Halbinsel Ausdruck zu geben. Südkorea hat die Vorschriften des Abkommens nichtsdestotrotz eingehalten.

DVRK mehrere Treffen von durch den Koreakrieg getrennten Familien genehmigte und erste Schritte zur Herstellung von Straßen- und Bahnverbindungen durch die Entmilitarisierte Zone (EMZ) am 38. Breitengrad einleitete, lehnte sie jene militärische Vertrauens- und Sicherheitsbildung ab, die das langfristige Ziel von Kim Daechungs Strategie darstellte. Ersatzweise initiierte Pyöngyang komplexe militärische, diplomatische und propagandistische Manöver, mit denen Seoul gegen Washington und umgekehrt, sowie auf einer zweiten Ebene Rußland gegen China, China gegen Japan etc. ausgespielt werden sollten. Erst nachdem die Bush Jr.-Administration Nordkorea mit mehr oder minder „wohlmeinender Vernachlässigung“ bedroht hatte und nach zwanzigmonatigem Stillstand in den Nord-Süd-Beziehungen richtete die DVRK im Juli 2002 neue Angebote an die Adresse von Seoul und Tokyo, deren Akzeptanz das Risiko einer wachsenden Isolation der USA mit sich brachte. Washington hatte eine Wiederaufnahme der Kontakte mittlerweile von der Annahme einer Agenda abhängig gemacht, die sowohl Test und Export nordkoreanischer Raketen, als auch die Konzentration konventioneller Streitkräfte in unmittelbarer Nähe der EMZ, als auch vor allem die im Rahmenabkommen von 1994 vorgesehene Inspektion von verdächtigten atomaren Anlagen durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) umfaßte. Pyöngyang wies dieses Ansinnen als Vorbedingung zurück und informierte die USA im Oktober 2002 offiziell von der Existenz laufender Atomwaffenprogramme, womit das Abkommen von 1994 grundsätzlich obsolet geworden war.

Handelsfrieden?

Ansatzweise Dependenz wäre ein besserer Begriff als Interdependenz, um die innerkoreanischen Wirtschaftsbeziehungen zur Jahrhundertwende zu charakterisieren.³² Pyöngyangs Hauptmotiv, in den 90er Jahren an den Verhandlungstisch zurückzukehren, war eine zunehmend kritische ökonomische Lage. Während dieses Jahrzehnts war die nordkoreanische Wirtschaft um ein Drittel geschrumpft; heute entspricht ihr Volumen nurmehr etwa fünf Prozent der südkoreanischen Volkswirtschaft. Während der Nord-Süd-Handel 2001 mit einem Umfang von 400 000 US-Dollar unbedeutend blieb und auf keiner Seite zu wesentlicher Abhängigkeit führte,³³ kamen wichtige ausländische Investitionen in der DVRK zunehmend aus Südkorea.³⁴ Diese waren häufig politisch motiviert und folglich Verlustgeschäfte.³⁵ Solange eine wirtschaftliche Öffnung nach chinesischem Vorbild unterbleibt, wird sich diese Lage in absehbarer Zeit nicht ändern.

Über eine solche Öffnung wird spekuliert, seit die DVRK im Juli 2002 ihr Rationierungssystem für Lebensmittel, Kleidung, Brennstoffe und Wohnraum durch sektorale Märkte ersetzte. Angeschlagene Staatsunternehmen wurden angeblich angewiesen, fortan ohne Subventionen zu überleben. Die gleichzeitige Abwertung des Won kommt zwar potentiellen ausländischen Investoren zugute, droht aber die Wirtschaftsprobleme des Landes über steigende Inflationsraten und ein wachsendes Einkommensgefälle auf den nordkoreanischen Konsumenten abzuwälzen. So sollen die Verbrauchspreise gleich nach Einführung der neuen Maßnahmen um mindestens 50 Prozent gestiegen sein. Die Regierung ist bemüht, die Belastung durch Gehaltssteigerungen auszugleichen, von denen in erster Linie Soldaten und Beamte profitieren.

Mangels einer Konsumentenlobby dürfte der Widerstand gegen die Einführung der Marktwirtschaft in den letztgenannten Kreisen am stärksten ausfallen. Auch wenn dieser Widerstand überwunden wird, ist es eher unwahrscheinlich, daß Kim Chung-il dem chinesischen Vorbild folgt. Zum einen würde wirtschaftliche Öffnung das Entstehen einer neuen Klasse einheimischer Unternehmer und Technokraten begünstigen, die die heutige Oligarchie früher oder später herausfordern dürfte. Zum anderen unterscheiden sich die Rahmenbedingungen

³² Dies erklärt unter anderem auch Nordkoreas jüngste Bereitschaft zu einer Normalisierung seiner Beziehungen mit den USA, Japan und Westeuropa.

³³ Die wichtigsten Handelspartner der DVRK waren Japan und China.

³⁴ Zwischen 1992 und 2001 wurden 50 südkoreanische Projekte genehmigt. Vgl. Companies Approved for South-North Korean Cooperation, Seoul (Korea Trade-Investment Promotion Agency, <http://www.kotra.or.kr/main/info/nk/eng/sntrade/cooperative.php3>), Seoul, 2002.

³⁵ Der bisher spektakulärste Fall ist ein Tourismusprojekt der Hyundai-Gruppe, in dessen Rahmen Reisen zu dem Berg Kumgang durchgeführt werden. Darüber hinaus konnte Pyöngyang den Süden für gewisse Infrastrukturprojekte (z.B. in den Bereichen Energie und Telekommunikation) interessieren, die in den USA gelegentlich als sicherheitspolitisch sensitiv beurteilt wurden. Initiativen zur Schaffung isolierter Reexport-Zonen waren bisher wenig erfolgreich.

in Kims Nordkorea von denen in Deng Xiaopings China des Jahres 1978 in einigen wichtigen Aspekten. So wird die Wirtschaft der DVRK von der Schwerindustrie dominiert und arbeiten nur etwa 20 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft, aus der in China die ersten Wachstumsimpulse gekommen waren.

Im Rahmen der „Sonnenscheindiplomatie“ hat Nordkorea substantielle Unterstützung aus dem Süden erhalten, zumeist bestehend aus Reis und Düngemitteln, die als humanitäre Hilfen ausgewiesen waren. Darüber hinaus ist Seoul der größte Beitragszahler in der Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO), die nach Maßgabe des Rahmenabkommens von 1994 zwei Leichtwasserreaktoren in der DVRK baut, in denen weniger waffenfähiges Material anfällt als in Pyöngyangs alten, graphitmoderierten Reaktoren. Obwohl Südkorea nicht der einzige internationale Geber ist, bleibt die RoK angesichts einer wachsenden Desillusionierung auf Seiten Dritter neben China die verlässlichste Quelle für auswärtige Hilfe.

Unter solchen Umständen, und selbst bei Berücksichtigung künftiger Entwicklungen, kann die Lage auf der Koreanischen Halbinsel schwerlich als Handelsfrieden beschrieben werden. Wenn der Nord-Süd-Dialog nichtsdestotrotz zahlreiche Provokationen und Rückschläge überlebt hat und grundsätzlich der Eindruck von einer „win-win-Situation“ entsteht, muß die Erklärung anderswo gesucht werden.

Demokratischer Frieden

2000 bewertete Freedomhouse Nord- und Südkorea mit 7,7 („unfrei“) bzw. 2,2 („frei“). Die DVRK ist eines der letzten totalitären Regime weltweit. In Pyöngyangs Propaganda bleibt die RoK eine Marionette des amerikanischen Imperialismus und sollen die Bürger Südkoreas aus kapitalistischer Unterdrückung befreit werden. Vor Beginn der „Sonnenscheindiplomatie“ schien Nordkorea nur zweimal (1974 und 1990) angesichts von Wandel in seinem internationalen Umfeld (s.u.) bereit, sich auf einen ernsthaften Dialog mit dem Süden einzulassen.

Ähnlich wie Taiwan erlebte Südkorea ab Ende der 80er Jahre eine „Demokratisierung von oben“. 1988 trat der erste freigewählte Präsident in mehr als 25 Jahren sein Amt an und lancierte wenig später eine Entspannungsinitiative, die in Analogie zur deutschen Ostpolitik als „Nordpolitik“ bekannt wurde. Ähnlich wie im Falle der späteren „Sonnenscheindiplomatie“ verfolgte man damit die Herstellung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kontakte, die Förderung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Pyöngyang und Dritten, die Einstellung der bisherigen, konfrontativen Diplomatie, die Einbindung der DVRK in die internationale Gemeinschaft und die Erleichterung von Kontakten zwischen Nordkorea und Japan. Pyöngyang entzog sich diesem Dialog zunächst, indem es den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Südkorea zur Vorbedingung für Verhandlungen machte. Zwei Jahre später kehrte die DVRK angesichts einer zunehmend kritischen Wirtschaftslage und neuer internationaler Herausforderungen an den Verhandlungstisch zurück, bis dieselben Faktoren einen erneuten Gesinnungswandel auslösten (s.u.).

Der RoK-Präsident Kim Young-sam war der erste Zivilist seit 1961, der für die Regierungspartei in das höchste Staatsamt gewählt wurde. Er begann seine Amtsperiode mit einem Bekenntnis zur „Nordpolitik“ und hob Restriktionen für direkte innerkoreanische Geschäftsbeziehungen auf. Sobald Pyöngyangs Wirtschaftsprobleme und nukleare Strategien aber offensichtlich geworden waren, erhöhte er wieder den militärischen und diplomatischen Druck. Erst mit der Machtübernahme durch den Oppositionsführer, früheren Dissidenten und ehemaligen politischen Gefangenen Kim Dae-chung wurde Entspannungspolitik konzeptuell unterfüttert 13 und so weitgehend implementiert, daß die (neue) Opposition von einem (sicherheitspolitisch relevanten) Ausverkauf der Interessen sprach. Kim erhielt 2000 den Friedensnobelpreis und geriet bei dem Versuch, seine Verdienste zu verteidigen, gelegentlich in Gefahr, wesentliche Aspekte der südkoreanischen Demokratie aufs Spiel zu setzen. So wurde eine Nordkorea-kritische Berichterstattung in der RoK faktisch mit Zensur belegt. Als ein erneuter Machtwechsel gegen Ende seiner Amtszeit in den Bereich des Wahrscheinlichen rückte, kehrte Pyöngyang überraschenderweise an den Verhandlungstisch zurück, den die DVRK verlassen hatte, nachdem die Bush Jr.-Administration 2001 ihrerseits den Druck erhöht hatte (s.u.). Beobachter gehen mehrheitlich davon aus, daß eine neue südkoreanische Administration die „Sonnenscheindiplomatie“ als generellen Rahmen beibehält, dabei aber versuchen wird, ein ausgewogeneres Verhältnis der gegenseitigen Zugeständnisse zu erzielen.

Zusammenfassend ergibt sich der Eindruck, daß weder das Theorem vom Handelsfrieden noch jenes vom (mainstream) demokratischen Frieden auf den koreanischen Fall anwendbar sind und daß man das Entstehen gemeinsamer Strukturen oder Verfahren auf absehbare Zeit ausschließen kann. Diese Erkenntnis könnte zum

einen die Position derjenigen stärken, die die These vertreten, daß Demokratien qua definition davor zurückschrecken, ihre Konflikte gewaltsam zu lösen. Zum anderen könnte sie die Notwendigkeit unterstreichen, zwischen verschiedenen Demokratietypen zu differenzieren.

Binnenstruktur und Koalitionsbildung

Seit er nach dem Tod seines Vaters 1994 die Macht übernahm, hat Kim Chung-il zunehmend die militärische Führung als Machtbasis genutzt und die Koreanische Arbeiterpartei (KAP) entsprechend vernachlässigt. Militärausgaben verzehren etwa ein Viertel des Regierungsbudgets, und hohe Offiziere genießen Privilegien wie bessere Wohnungen, bessere Ausbildung für ihre Kinder und Betätigungsmöglichkeiten als Unternehmer. Beobachter gehen davon aus, daß ein Großteil der in der zweiten Hälfte der 90er Jahre gewährten humanitären Hilfen an die Streitkräfte gelangt sind. Die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, bewaffnete Übergriffe auf das Territorium der RoK und ein konstant hohes Niveau aggressiver Propaganda gehen sowohl auf militärische als auch auf zivile politische Einflüsse zurück. Gleichzeitig hat das Regime das Schicksal der einfachen Bürger auf zynische Weise ignoriert. Sofern es in der Vergangenheit zu Putschversuchen gekommen ist, blieben diese isoliert und erfolglos.³⁶

Südlich der EMZ bietet sich sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht ein offensichtlich anderes Bild. Gleichzeitig signalisieren ein hochgradig lokalisierendes Parteiensystem und gelegentliche Anzeichen für präsidentiellen Autoritarismus das Überleben älterer Verhaltensmuster. Wenn die südkoreanische Demokratie weniger reif erscheint als etwa die taiwanische, dann wegen einer langen Tradition institutionellen Versagens und der Abhängigkeit der Bürokratie von ökonomischen und politischen Partikularinteressen. „Das Ergebnis bestand darin, daß öffentlich-private Interaktionen zu Rentier-Netzwerken degenerierten und daß der Reformprozeß wiederholt Intervention und Korruption ausgesetzt war. Zusammengenommen kompromittierten diese Probleme (während der 90er Jahre) die politische Kohärenz und Effizienz schwer und wirkten sich extrem negativ auf die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus.“³⁷ „Die finanzpolitische Liberalisierung, die vornehmlich ein Erbe von externen Drucks war, wurde von binnenstaatlichen Eliten als Instrument zur Verfolgung partikularistischer Interessen mißbraucht.“³⁸

Angesichts der beherrschenden Rolle von Mischkonzernen mit politischen Verbindungen in der südkoreanischen Wirtschaft hatten neue Mittelklassen und neue unternehmerische Klassen Probleme, sich Gehör zu verschaffen und entschieden sich allgemein für politische Zurückhaltung. Nach der deutschen Vereinigung machten sie sich Anfang der 90er Jahre einen Elitenkonsens dahingehend zu eigen, die vermutlichen Kosten einer Wiedervereinigung könnten die Wirtschaftskraft des Landes überfordern.³⁹ Einige Jahre später wurde Kim Dae-chungs „Sonnenscheindiplomatie“ als Mittel begrüßt, eine solche Entwicklung und ihre potentiell konfliktuellen Begleiterscheinungen herauszuzögern oder zu verhindern. Zu dieser Zeit hatte die regionale Finanzkrise Seoul gezwungen, den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Nothilfe zu bitten. Die von der Krise am schwersten betroffene Mittelklasse hatte entsprechend weniger Veranlassung, in der Wiedervereinigung eine attraktive Option zu sehen.

Gleichzeitig wurde Südkoreas in Gewerkschaften, Studentenvereinigungen und Kirchen organisierte Zivilgesellschaft zum Bannerträger eines neuen (proWiedervereinigungs, anti-IWF) Nationalismus. Wenn diese gesellschaftlichen Gruppen sehr viel stärker geworden waren, als ihre taiwanischen Pendanten, dann wegen einer langen Geschichte des Kampfes gegen das eigene Establishment. Dabei waren die Beziehungen zwischen der relativ starken Zivilgesellschaft und dem damals noch „starken“ Staat häufig konfliktuell. Bis zum Ende des Kalten Krieges obsiegte der Staat sowohl mit Hilfe seiner wirtschaftlichen Entwicklungspolitik als auch durch Antikommunismus. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre hatten beide Instrumente erkennbar Schaden genommen. Die resultierende Schwächung der alten Elite und das Entstehen eines neuen Nationalismus ließen

³⁶ Vgl. Interview mit dem nordkoreanischen Überläufer Hwang Chang-yop in Le Monde, 14./15.3.1999, S. 2.

³⁷ Zhang, Crises in Korea and Taiwan, S. 432.

³⁸ Ebd., S. 433.

³⁹ Vgl. Chul Yang Sung, United Germany for Divided Korea, in: Korean and World Affairs, 16 (Fall 1992) 3, S. 436-62.

die „SonnenscheinDiplomatie“ einmal mehr als „win-win-Strategie“ erscheinen, auch wenn sie materielle Opfer erforderlich machte, und auch wenn sie von Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus entgegengesetzten Gründen unterstützt wurde.

Das offenkundige Problem in diesem Zusammenhang war Nordkorea selbst. Mit einem Kim Chung-il, der die eigene Stellung auch nicht der neudefinierten Nation opfern wollte und einer DVRK, die immer mehr Hilfen brauchte, aber immer weniger Konzessionen machte, geriet Kim Dae-chung gegen Ende seiner Amtszeit in Gefahr, die Unterstützung sowohl der großen Konzerne als auch die der Mittelklasse zu verlieren und sich gleichzeitig mit der vom IWF verschriebenen wirtschaftlichen Liberalisierung wichtiger Teile der eigenen Zivilgesellschaft zu entfremden. Die Opposition schien zwar in mancher Hinsicht willens, die Uhr zurückzudrehen, konnte aber ihrerseits nicht die Anziehungskraft des neuen Nationalismus ignorieren, der die Beziehungen zu Tokyo und Washington bereits negativ beeinflusst hatte. Was die Nord-Süd-Beziehungen anging, erschien das Ergebnis plötzlich immer weniger als wie „win-win“-Situation und immer mehr als eine Sackgasse.

Unentschieden im ostchinesischen Meer

Seit dem Ende des Pazifischen Krieges waren die sino-japanischen Beziehungen sowohl von gegenseitiger Bewunderung (für Chinas einstige zivilisatorische Leistung und Japans wirtschaftlichen Erfolg) und anhaltendem Mißtrauen (verursacht durch Japans Kriegsverbrechen und Chinas militärische Modernisierung der 90er Jahre) geprägt. Nach Richard Nixons Besuch in Shanghai 1972 hatte sich Peking zunehmend mit Tokyos Beistandsvertrag mit den USA von 1954 arrangiert, obwohl sich dieser ursprünglich genauso gegen die Volksrepublik gerichtet hatte wie gegen die UdSSR (Nixons Chinareise hatte in der japanischen Regierung einen Schock ausgelöst und sie wenig später zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking veranlaßt). Anfang der 80er Jahre ging die Volksrepublik soweit, Japan zu größeren militärischen Anstrengungen und einer gemeinsamen Abwehr der Sowjetunion zu ermutigen. Aus chinesischer Sicht hatte sich Tokyo mit dem sinojapanischen Freundschaftsvertrag von 1978 auf eine Mitwirkung am „antihegemonialen“ (d.h. antisowjetischen) Kampf der Volksrepublik verpflichtet. Diese Politik wurde nach 1982 aufgegeben, als Peking nunmehr eine „unabhängige“, d.h. äquidistante Position zwischen Moskau und Washington proklamierte. Seither hat China wiederholt „militaristische“ Tendenzen in Japan kritisiert, eine Kritik, die nach der Revision der japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtlinien 1997 weiter verschärft wurde. Mit den neuen Richtlinien übernahm Tokyo größere Verantwortungen für den Konfliktfall in „Gebieten im Umfeld von Japan“, eine Region, die die Volksrepublik instinktiv mit der Taiwan-Straße gleichsetzte. Japan schürte diesen Verdacht zusätzlich, indem man sich 1998 nach dem nordkoreanischen Test einer Langstreckenrakete bereiterklärte, gemeinsam mit den USA ein regionales Raketenabwehrsystem zu entwickeln. China hatte Tokyos intensivere Beteiligung an friedenerhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen zuvor kritisch begleitet und akzeptierte die Beteiligung der japanischen „Selbstverteidigungskräfte“ (Self Defence Forces, SDF) an „Operation Enduring Freedom“ nach dem 11. September 2001 nur widerstrebend.

Japan war in den frühen 60er Jahren zu Chinas wichtigstem Handelspartner geworden und hatte im Außenhandel der Volksrepublik eine fast monopolistische Position inne, bis Deng Xiaoping den chinesischen Markt Ende der 70er Jahre öffnete. In den 90er Jahren nahm der bilaterale Handel aufgrund wachsender japanischer Investitionen und hoher Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure auf beiden Seiten wieder zu, wobei Letztere unter anderem mit den politischen Verbindungen der Lieferanten erklärt wird.⁴⁰ Erst 2000 überholten die USA Japan als wichtigster Exportmarkt der Volksrepublik China.

Anfang der 90er Jahre hatte das japanische Verteidigungs-Establishment damit begonnen, Sorgen hinsichtlich Chinas militärischer Modernisierung zu äußern und diese als Vorwand für den Aufbau eigener Machtprojektions-Kapazitäten zu nutzen. Zwischen 1995 und 1997 kürzte Tokyo seine Wirtschaftshilfe angesichts anhaltender Atomwaffentests in der Volksrepublik. Ein 1993 initiiertes, bilateraler Sicherheitsdialog

⁴⁰ Vgl. Hanns Günter Hilpert, China and Japan: Conflict or Cooperation? What Does Trade Data Say? in: idem/René Haak, Japan and China. Cooperation, Competition, and Conflict, Basingstoke/New York (Palgrave) 2002, S. 32-51 (44).

hat bisher keine wesentlich verbesserte gegenseitige Transparenz erbracht.

Im Februar 1992 hatte China ein Gesetz über seine Küstensee verabschiedet in dem unter anderem Taiwan und die Diaoyutai-Gruppe als Teile des chinesischen Territoriums und damit als Ausgangspunkte für die Definition von Küstengewässern und angrenzende Zonen erklärt worden waren. Diese Initiative hätte den ersten Besuch eines japanischen Kaisers in Peking beinahe verhindert. Der (unbewohnte) Diaoyutai (jap. Senkaku)-Archipel im Ostchinesischen Meer war 1895 zusammen mit Taiwan von Japan annektiert und 1972 gemeinsam mit Okinawa und der Ryukyu-Kette von den USA an Tokyo zurückgegeben worden. Seither haben China und Taiwan wiederholt Fischerboote und andere Schiffe in die umliegenden Seegebiete entsandt, die regelmäßig von der japanischen Küstenwaffe vertrieben wurden. 1993 vereinbarten Peking und Tokyo die gemeinsame Ausbeutung von Rohstoffen in einigen dieser Seegebiete, wobei Japan die chinesische Souveränität über gewisse maritime Sektoren, nicht aber die Inseln selbst, anerkannte.

1998 erwiderte der chinesische Präsident Jiang Zemin den Besuch des Kaisers, warnte Tokyo bei dieser Gelegenheit, von einer Unterstützung Taiwans abzusehen und insistierte ergebnislos auf einer schriftlichen Entschuldigung für Kriegsverbrechen der Vergangenheit. Zeitgleich wurden in japanischen Hoheitsgewässern vermehrt chinesische „Forschungsschiffe“ entdeckt. 2001 verlangte der japanische Finanzminister Kürzungen bei Hilfen für „aufsteigende Militärmächte“ wie China⁴¹ (die anschließend durchgeführten Kürzungen wurden allerdings mit Japans Wirtschaftsproblemen erklärt). Kurz darauf erklärte der chinesische Botschafter in Tokyo, die bilateralen Beziehungen hätten ihren tiefsten Stand seit dreißig Jahren erreicht.⁴²

Handelsfrieden?

Unter den hier analysierten Diaden kommt das japanisch-chinesische Verhältnis einem Handelsfrieden am nächsten. Die beiden Volkswirtschaften sind hochgradig komplementär, wobei Japan sowohl durch Direktinvestitionen als auch durch staatliche Entwicklungshilfe zu Chinas industrieller Modernisierung und so wiederum zum bilateralen Handel beiträgt.⁴³ Es wird damit gerechnet, daß der WTO Beitritt der Volksrepublik den Wirtschaftsbeziehungen zusätzliche Impulse gibt. 1999 war Japan Chinas dritt wichtigste Quelle für ausländische Direktinvestitionen nach Hongkong und den USA. Bis heute ist Peking der wichtigste Empfänger japanischer Entwicklungshilfe. 2000 gingen 5,6 Prozent aller japanischen Exporte nach China, und 13 Prozent aller japanischen Importe kamen aus der Volksrepublik (Hongkong nicht eingerechnet). Pekings Abhängigkeitsraten lagen zur selben Zeit bei 14 Prozent für Exporte und 20 Prozent für Importe. „Es bedarf eher Jahrzehnte als Jahre hohen Wirtschaftswachstums, bis Chinas komparativer Vorteil auf dem Gebiet kapital- oder technologieintensiver Produkte liegt“⁴⁴ und die Volksrepublik zu einer wirtschaftlichen Herausforderung für Japan werden würde. Nichtsdestotrotz hat der jüngste Zuwachs an Fertigwaren-Importen aus China in Japan bereits protektionistische Tendenzen stimuliert, die Anfang 2001 zu einem kurzen Handelskrieg eskalierten.⁴⁵ Solche Friktionen sind eher Anzeichen für innerjapanische Probleme (s.u.) als Argumente gegen das Theorem vom Handelsfrieden. Beobachter glauben allerdings, daß „das Gesamtpotential der Wirtschaftsbeziehungen nicht genutzt wird...solange die gegenseitigen Beziehungen widersprüchlich bleiben und Elemente ungelöster Konflikte fortbestehen.“⁴⁶

Demokratischer Frieden?

Die japanische Gesellschaft zeichnet sich grundsätzlich durch Pazifismus, Risikoscheu und Abwesenheit von Patriotismus aus.⁴⁷ Japan ist eine konstitutionelle Monarchie, die in jüngsten Freedomhaus-Erhebungen sehr

⁴¹ Vgl. Agence-France-Presse, 17.7.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 17.7.2001.

⁴² Vgl. Associated Press, 31.8.2001, zitiert ebd., 31.8.2001.

⁴³ Vgl. Hilpert, China and Japan, S. 45.

⁴⁴ Ebd., S. 47.

⁴⁵ Ebd., S. 46/7.

⁴⁶ Vgl. Hanns Günter Hilpert/René Haak, Introduction, in: idem, Japan and China, S. 1-11 (8).

⁴⁷ Vgl. Masaru Tamamoto, A Land without Patriots. The Yasukuni Controversy and Japanese Pacifism, in: World Policy Journal, 18 (Fall 2001) 3, S. 33-40 (33-5).

gute Ergebnisse (1,1) erzielt. Nichtsdestotrotz wird das Land seit 1955 fast ununterbrochen⁴⁸ von der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) regiert, die aus personengebundenen Netzwerken besteht und ihre Macht auf Partikularinteressen der Bürokratie, Landwirtschaft und Bauindustrie gründet. Seit dem Platzen der Spekulationsblase an den japanischen Aktienmärkten Ende der 80er Jahre haben sich diese Lobbies zumeist erfolgreich gegen Strukturreformen gewandt. Gleichzeitig hat die Freiheit individueller Bürger gegenüber dem Staat⁴⁹ bisher keine unlösbaren Konflikte produziert.

Während der 80er Jahre hatte ein zunehmend selbstbewußtes Japan versucht, China als eine Art Juniorpartner beim Aufbau des ostasiatischen Regionalismus zu gewinnen.⁵⁰ Nachdem Massaker des Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens war Tokyo das erste G-7-Mitglied gewesen, das Sanktionen zurückgenommen und versucht hatte, zwischen Peking und dem Westen zu vermitteln. Japan spielte anschließend eine wichtige Rolle beim Beitritt der Volksrepublik zum Atomwaffensperrvertrag und anderen Proliferations- und Abrüstungsregimen.⁵¹ Im Rahmen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftszusammenarbeit (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC) wandten sich beide gegen amerikanische Forderungen nach einer zügigen und umfassenden Handelsliberalisierung. Die Kaiservisite des Jahres 1992 hätte das bilaterale Verhältnis auf eine gemeinsame Zukunft hin ausrichten und die Debatte über japanische Kriegsverbrechen beenden sollen.

Unglücklicherweise war vor dem Hintergrund zweistelliger Wachstumsraten auch in China das Selbstbewußtsein erstarkt und erschien Peking bei seinem Versuch, Tokyo aus der amerikanischen Umarmung zu lösen, zunehmend frustriert.⁵² Als mehrere LDP-Politiker 1994 revisionistische Ansichten zum Pazifischen Krieg und zur Besetzung Chinas in den 30er und 40er Jahren äußerten, ließ die Antwort nicht lange auf sich warten. Im Oktober 1995 erklärte Jiang Zemin anlässlich eines Besuches in Südkorea, die künftige Qualität der bilateralen Beziehungen werde davon abhängen, ob sich Tokyo eine „korrekte Sicht seines früheren Militarismus“ zu eigen mache und inwieweit „eine militaristische Minderheit in Japan“ an Einfluß gewinnen würde.⁵³ Zwei Monate zuvor, und beinahe auf den Tag genau 50 Jahre nach Hiroshima, testete die Volksrepublik trotz eines Moratoriums anderer Kernwaffenstaaten eine weitere Atombombe und provozierte damit die erwähnten (symbolischen) Kürzungen der japanischen Entwicklungshilfe. Ebenfalls 1995 veranstaltete Peking das erste aus einer Serie militärischer Großmanöver, mit denen die Wähler in Taiwan beeinflusst werden sollten (aus historischen und strategischen Gründen spielt Taiwan in Tokyos informeller Diplomatie eine besondere Rolle). Seither hat Japans ökonomische Lähmung Hoffnungen auf einen prominenteren Part in der regionalen und internationalen Politik gedämpft, und chinesischer Nationalismus und japanischer Konservatismus haben sich gegenseitig verstärkt. Gleichzeitig entschied sich Tokyo für eine Aufwertung seiner militärischen Beziehungen zu den USA, die mittlerweile allerdings China für den aussichtsreicheren Kandidaten für die Übernahme einer regionalen Führungsrolle hielten.

Jiang Zemins Staatsbesuch kam 1998 als „public relations-Disaster“, das in der japanischen Öffentlichkeit zunehmende Ernüchterung über den großen Nachbarn auslöste.⁵⁴ Beide Regierungen bemühten sich in der Folgezeit um Schadensbegrenzung, und Japan ging dazu über, Pekings WTO-Kandidatur aktiv zu unterstützen. Als Tokyo allerdings 1997 die Gründung eines (zum größten Teil mit japanischen Mitteln zu dotierenden) Asiatischen Währungsfonds (AWF) vorschlug, wandte sich die Volksrepublik gemeinsam mit den USA gegen die Initiative. Seither gibt es einen subtilen sino-japanischen Wettbewerb um die Führungsrolle in asiatischpazifischen Regionalismus-Projekten.

Nach ihrer Amtsübernahme beförderte die Bush Jr.-Administration Japan im generellen Zusammenhang

⁴⁸ Die Ausnahme bildeten die Jahre 1993/94, als eine Koalition aus kleineren Parteien an die Macht gelangte. 1994 schloß sich die LDP einer Koalition unter sozialdemokratischer Führung an. 1996 war sie zurück an der Macht.

⁴⁹ Vgl. Tamamoto, *A Land without Patriots*, S. 37/8.

⁵⁰ Vgl. Gilbert Rozman, *Japan's Quest for Great Power Identity*, in: *Orbis*, 46 (Winter 2002) 1, S. 73-91 (78).

⁵¹ Vgl. Robert A. Manning, *Burdens of the Past, Dilemmas of the Future: Sino-Japanese Relations in the Emerging International System*, in: *The Washington Quarterly*, 17 (1993) 1, S. 45-58 (53).

⁵² Vgl. Gaye Christoffersen, *China and the Asia-Pacific: Need for a Grand Strategy*, in: *Asian Survey*, 36 (November 1996) 11, S. 1067-85.

⁵³ Vgl. Yonhap, 14.11.1995, zitiert in: *Summary of World Broadcasts*, FE/2461/D/4-5, 15.11.1995.

⁵⁴ Vgl. Rozman, *Japan's Quest for Great Power Identity*, S. 84.

ihrer „anti-Clinton-Politik“ zum „Eckstein“ der amerikanischen Asien-Pazifik-Strategie.⁵⁵ Gleichzeitig erhöhten die USA den Druck auf Tokyo, die japanische „Friedensverfassung“ von 1947 zu revidieren.⁵⁶ Die – anfänglich von solchem Werben irritierte – Regierung von Junichiro Koizumi bediente sich dieses Angebots, um eine Diskussion über kollektive Verteidigung zu initiieren⁵⁷ und nach dem 11. September 2001 das eigene militärische Profil zu schärfen. Zu dieser Zeit hatte China keine andere Wahl, als eine Beteiligung der SDF an „Operation Enduring Freedom“ hinzunehmen. Jiang Zemin erinnerte Koizumi nichtsdestotrotz an das „Mißtrauen der asiatischen Staaten.“⁵⁸

Während eine Mehrheit der Japaner eine Revision von Verfassungsartikel 9 weiterhin ablehnt, der den Besitz von „Kriegführungspotential“ untersagt,⁵⁹ nahm Koizumis Popularität weiter zu, nachdem er im November 2001 entschieden hatte, Kriegsschiffe ins Arabische Meer zu entsenden und damit über die Formel „Gebiete im Umfeld Japans“ hinauszugehen.⁶⁰

Kurz zuvor hatten die Beziehungen zu Peking einen weiteren Rückschlag erfahren, nachdem der japanische Erziehungsminister die Einführung revisionistischer Geschichtsbücher für die gymnasiale Unterstufe genehmigt hatte, Koizumi den Yasukuni-Schrein besucht hatte, in dem unter anderem japanische Kriegsverbrecher geehrt werden und Tokyo dem früheren taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui ein Visum ausgestellt hatte. Als China und Japan im September 2002 in Abwesenheit ihrer Führer 30 Jahre diplomatischer Beziehungen feierten, war ungewiß, inwelche Richtung sich ihre komplizierte Beziehung fortentwickeln würde. Bisher obsiegt „Handelsfrieden“ über den (mainstream) „demokratischen Frieden“, und gemeinsame Strukturen und Abläufe beschränken sich auf technische Fragen, die gelegentlich auch auf regionaler Ebene diskutiert werden. Angesichts des langsamen Tempos wirtschaftlicher und politischer Reformen in Japan kann japanischer Nationalismus nur innerhalb des Bündnisses mit den USA wachsen, ein Bündnis, das Peking jedenfalls momentan noch als gegeben hinnimmt. Was die Volksrepublik selbst angeht, so haben ihre Führer aus der Geschichte gelernt, daß sich die Mobilisierung fremdenfeindlicher, in diesem Fall antijapanischer Ressentiments, schnell gegen sie selbst wenden kann, solange den Worten keine Taten folgen. Allein eskalierende sozioökonomische Probleme in China könnten Teile der politischen Elite in Versuchung führen, sich einmal mehr über diese Einsicht hinwegzusetzen.

Binnenstruktur und Koalitionsbildung

Auf der Mikroebene werden o.g. Schlußfolgerungen durch die Dominanz des japanischen Finanzministeriums über Außenministerium und Verteidigungsagentur bestätigt, eine Konstellation, die „den Vorrang ökonomischer vor verteidigungspolitischen Angelegenheiten in der japanischen Außenpolitik“ unterstreicht. „Während das japanische Parlament...in auswärtigen Angelegenheiten nur eine untergeordnete Rolle spielt, gehört die LDP zu den wichtigsten Akteuren in der japanischen Außenpolitik.“⁶¹ Thomas Risse-Kappen spricht von einem „korporatistischen Modell“, in dem die Bedeutung, die wichtige Akteuren einer Konsensbildung beimessen, einen Eindruck von Langsamkeit und Zurückhaltung erweckt: „Ein fester nationaler Konsens, der alle relevanten Elitenfraktionen, die Opposition und die Gesellschaft einschließt, sorgt dafür, daß japanische Sicherheitspolitik in erster Linie als Teil der auswärtigen Wirtschaftspolitik verstanden wird.“⁶²

Gleichzeitig erwähnt Risse-Kappen eine außen- und sicherheitspolitische Kluft zwischen der Bevölkerung und den konservativen LDP-Führern, die in den 80er Jahren dazu führte, daß die Öffentlichkeit Grenzen für die Implementierung diesbezüglicher Strategien setzte. Diese Kluft hat sich seither ein wenig geschlossen, so daß Koizumi heute unter anderem durch symbolische Akte wie wiederholte Besuche im Yasukuni-Schrein auch auf

⁵⁵ Vgl. Außenminister Colin Powell, Washington (Office of International Information Programme), 10.9.2001.

⁵⁶ Vgl. International Herald Tribune (<http://www.iht.com>), 18.7.2001.

⁵⁷ 2000 hatten beide Häuser des japanischen Parlaments Kommissionen gegründet, in denen eine Revision der Verfassung von 1947 diskutiert werden sollte.

⁵⁸ Vgl. The China Daily, 7.11.2001, S. 12.

⁵⁹ Vgl. The Taipei Times (<http://www.taipetimes.com>), 7.1.2002.

⁶⁰ Vgl. Japan's Response to Terrorism and Implications for the Taiwan Strait Issue, in: Japan-Taiwan Research Forum (<http://taiwansecurity.org/TS/2002/JRF/Shinoda-0102.htm>), 22.1.2002.

⁶¹ Vgl. Risse-Kappen, Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, S. 488.

⁶² Ebd., S. 491/2.

der Rechten um Unterstützung werben kann. Gleichzeitig bleiben Japans Konservative die „am meisten pro-amerikanischen Elemente in der japanischen Gesellschaft.“⁶³ Während die derzeitigen Trends anhaltende Irritationen unter den Nachbarstaaten und nicht zuletzt in China wahrscheinlich machen, signalisieren sie nicht jene Art von Unilateralismus, die zu bewaffneten Konflikten führen könnte.

Von innen nach außen und von außen nach innen

Die Analyse der Relevanz (Neo-) Liberaler Theorien für die internationalen Beziehungen in Nordostasien suggeriert, daß trotz grundsätzlicher Anwendbarkeit weder das Theorem vom Handelsfrieden noch das (mainstream) Theorem vom demokratischen Frieden die derzeitige Abwesenheit von Konflikt in der Taiwan-Straße und auf der Koreanischen Halbinsel hinlänglich erklären können. Wenn die japanischchinesischen Beziehungen im Gegensatz hierzu im wesentlichen einen ökonomischen Imperativ reflektieren, dann nicht zuletzt mangels weitreichender territorialer Ansprüche und einer anhaltenden wirtschaftlichen „win-win“-Situation. Sogar in diesem Fall bleibt allerdings die Nichtexistenz breiter und/oder tiefer gemeinsamer Strukturen oder Verfahren Anlaß zur Sorge.

Gleichzeitig läßt die Analyse der Binnenstrukturen und Koalitionsbildungsprozesse, inklusive der unterschiedlichen Qualitäten von Nationalismus, den Eindruck entstehen, daß „schwach-starke“ Diaden (wie zwischen beiden Koreas) friedensförderlicher sind als „stark-starke“ Diaden (wie zwischen Taiwan und China, wobei das japanisch-chinesische Verhältnis eine mittlere Variante darstellt). Auch dieser Eindruck bedarf allerdings künftiger empirischer Untermauerung.

Struktur und Koalitionsbildung sind ihrerseits historisch bedingt und gleichzeitig Resultate innerer und äußerer Geschichte. Das Bild wird folglich klarer, wenn man externe Faktoren in die Gleichung einführt und versucht, Liberalismus und Realismus zu versöhnen. So können Taiwans relativer institutioneller Zusammenhalt, seine relativ offene Volkswirtschaft und seine Demokratisierung auch auf die anhaltende Bedrohung durch China zurückgeführt werden und wurde die Qualität der bilateralen Beziehungen signifikant durch das regionale und internationale Umfeld beeinflusst. Pekings erstes Dialogangebot erfolgte 1972 nach Richard Nixons Visite in Shanghai. Die Volksrepublik machte erste konkrete Angebote für eine Vereinigung, nachdem die USA Ende 1978 die diplomatischen Beziehungen zu Taipei abgebrochen hatte. Taiwan öffnete sein politisches System und lockerte Restriktionen für Festlandbesuche, sobald sich Michail Gorbatschow Ende der 80er Jahre zu einer Beendigung des sino-sowjetischen Konflikts (1956-89) bekannt hatte. Beide Seiten knüpften inoffizielle Kontakte, nachdem der Westen und Japan 1992 damit begonnen hatten, ihre Tiananmen-Sanktionen aufzuheben. Peking beendete diese Kontakte vor dem Hintergrund eines USA-Besuchs Lee Teng-huis im Jahr 1995. Lee selbst vertrat eine härtere chinapolitische Linie, seit die ClintonAdministration 1996 zwei Flugzeugträgergruppen entsandt hatte, um eine Eskalation chinesischer Großmanöver bei Taiwan zu verhindern. Während externe Entwicklungen China wie Taiwan gelegentlich dazu verführt haben, die Entschlossenheit des amerikanischen Mittelsmanns zu testen, haben gute bzw. relativ gute Beziehungen zwischen Peking und Washington üblicherweise größere Prinzipientreue in der Volksrepublik und mehr Zurückhaltung in Taiwan inspiriert.

Auf der Koreanischen Halbinsel waren die Verbindungen zwischen innen und außen insofern noch deutlicher, als Seoul seinen „schwachen“ output gegenüber dem Norden durch Involvierung Dritter auszugleichen versuchte. Unter diesen war der amerikanische Verbündete fraglos der wichtigste, aber Washingtons globale Sicherheitspolitik stand häufig im Gegensatz zu Südkoreas engeren sicherheitspolitischen Interessen. Der dortige Demokratisierungsprozeß konnte zwar vom Ende des weltweiten Kalten Krieges profitieren, hat aber die Beziehungen zu den USA seither weiter kompliziert.

Während des sino-sowjetischen Konflikts hatte Nordkorea ein ähnliches Spiel mit vergleichsweise größerem Erfolg gespielt, denn sowohl Peking als auch Moskau versuchten, die DVRK auf ihre jeweilige Seite zu ziehen. Auch dieses „Zaunsitzen“ stieß allerdings bald auf Grenzen. So schien Pyöngyang 1974, als sowohl die USA und die UdSSR als auch die USA und die Volksrepublik China untereinander Entspannung betrieben, willens einen

⁶³ Vgl. Tamamoto, A Land without Patriots, S. 39.

Dialog mit Seoul aufzunehmen. Die Initiative scheiterte letztlich daran, daß Südkorea von seinem Verbündeten zurückgerufen wurde. 1990 engagierten sich die USA für eine Nord-Süd-Normalisierung, während Moskau und Peking ihre Hilfsleistungen an Nordkorea reduzierten und die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der RoK anstrebten. Wenn diese Einflüsse ab 1992 das gegenteilige Resultat erbrachten, dann wegen der „starken“ Natur des nordkoreanischen Staates. Seither hat sich Pyöngyang auf einen Dialog mit Seoul unter anderem deshalb eingelassen, weil Washington zuvor einen Dialog mit Pyöngyang akzeptiert hatte, weil diese beiden und Dritte gegeneinander ausgespielt werden konnten und weil China seine Wirtschaftshilfe wieder aufnahm und für Nordkorea somit als Rückhalt in kommenden Konfliktszenarien erschien.⁶⁴ Während es der Bush Jr.-Administration in der Taiwan-Straße jedenfalls ansatzweise gelungen ist, sich mit Formulierung einer de facto-Sicherheitsgarantie für Taipei von Dreiecksmanövern und inneren Dynamiken unabhängig zu machen,⁶⁵ sind entsprechende Bemühungen auf der Koreanischen Halbinsel mit dem Ergebnis gescheitert, daß die USA frühere Kriegsdrohungen gegen die DVRK fürs erste wieder zurücknehmen mußten.⁶⁶ In Korea haben wir es weiterhin mit einem „ad hoc und themenspezifischen Mächtekonzert“ zu tun, „mit dessen Hilfe eskalationsfähige Spannungszustände aufgelöst werden sollen.“⁶⁷

Tendenzielle Kurswechsel in Japans Außen- und Sicherheitspolitik waren häufig ein Reflex auf Entwicklungen in der Allianz mit den USA. Dabei erstarkten Tokyos regionalistische Ambitionen, wann immer sich Japan hinreichend selbstbewußt fühlte, Washington in bilateralen Handelsfragen die Stirn zu bieten, so geschehen Anfang der 90er Jahre. Weil regionale Nachbarn wie China, beide Koreas und Rußland gleichzeitig versuchten, von dieser Entfremdung zu profitieren und ihrerseits Japan gegenüber zunehmend arrogante Positionen bezogen, hat Tokyo seine Beziehungen zu den USA regelmäßig wieder repariert und bleibt die Allianz definitorischer Rahmen für Tokyos auswärtige, wenn nicht auch innere Politik. Koizumis derzeitige Bemühungen um einen Wandel in kleinen Schritten bedarf weiterhin des amerikanischen militärischen Schirms, um sowohl die rechte Minderheit als auch die pazifistische Mehrheit einzubinden.

Während Realisten den gegenwärtigen Frieden in der Taiwan-Straße, auf der Koreanischen Halbinsel und im Ostchinesischen Meer mit der Existenz relativ stabiler Kräftegleichgewichte auf regionaler und internationaler Ebene erklären würden, würden sie diese Situation angesichts der neuen regionalen und internationalen Dynamik vermutlich nicht als dauerhaft ansehen. Unterstellt daß diese Dynamik, wie gesehen, zunehmend von binnenstaatlichen Entwicklungen gefördert wird, kann man von einer neuen Komplementarität von Realismus und Liberalismus sprechen. Sollte China versuchen, einem institutionellen Kollaps durch aggressiven Nationalismus vorzubeugen, würde dies das Konfliktrisiko in der Taiwan-Straße und im Ostchinesischen Meer ansteigen lassen und die USA in dem Bemühen, die regionale und damit die internationale Kräftebalance zu erhalten, zu militärischem Eingreifen provozieren. Sollte China vor dem Hintergrund seiner Reform etwa in der Taiwanfrage weiter auf Zeit spielen und so die eigenen Institutionen jedenfalls anfänglich schwächen, würden Anreize für eine Entspannung mit Taiwan und verbesserte Beziehungen zu Japan bei allen Beteiligten zunehmen und dürfte es eines Tages zu gemeinsamen Strukturen und Verfahren kommen. Sollte Nordkorea versuchen, einem institutionellen Kollaps zuvorzukommen, indem Washington oder Seoul weitere „deals“ auf Kosten des jeweils anderen angeboten werden, würde sich das regionale und damit das internationale Kräftegleichgewicht ohne eine Abfederung durch wirksame (in diesem Fall regionale) gemeinsame Strukturen und Verfahren verändern. Sollte Nordkorea meinen, einem institutionellen Kollaps mittels immer aggressiveren Nationalismus‘ zuvorkommen zu können, wären die USA versucht, die DVRK in die Knie zu

⁶⁴ Die Bedeutung der Volksrepublik in diesem Zusammenhang kann im Lichte der Rolle gewürdigt werden, die Peking anscheinend beim Zustandekommen des Rahmenabkommens 1994 und Nordkoreas Erklärung eines Raketestmentatoriums 1999 gespielt hat.

⁶⁵ Im April 2001 erklärte Bush in einem Interview, er werde „alles Notwendige tun“, um Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffes beizustehen. Vgl. The Washington Post, 26.4.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 26.4.2001.

⁶⁶ Im November 2002 erklärte der amerikanische Außenminister Powell, Washington habe nicht die Absicht, die nordkoreanische Grenze zu überschreiten und sei bereit, der DVRK zu „helfen“, vorausgesetzt, diese beende ihre Atomwaffenprogramme. Vgl. The China Daily, 20.11.2002, S. 12.

⁶⁷ Vgl. Amitav Acharya, International Relations Theory and Cross-Strait Relations, in: International Forum on Peace and Security in the (http://www.taiwansecurity.org/IS/Acha...ry-and-Cross-Strait-Relations.htm), 28.7.1999, S. 3.

zwingen, würden dabei auf den Widerstand einer regionalen Koalition stoßen, die sich bemühen würde, die Nebenwirkungen eines unvermeidlichen Wandels für das regionale und damit internationale Kräftegleichgewicht zu begrenzen. Gleichzeitig müßte dieselbe Koalition versuchen, einen Politik- oder Regimewechsel in Pyöngyang mit nichtmilitärischen Mitteln herbeizuführen. Es sind solche Szenarien, die die Realisierungschancen für gemeinsame Strukturen und Prozeduren dramatisch verbessern. Bis es soweit ist, ist der nordostasiatische Friede kein „Liberaler“ Friede und bleibt somit trügerisch.